NACHRICHTEN AG
Deutschland

30. Januar 2025

Palästinenser fürchten Folgen des UNRWA-Verbots durch Israel

Die israelische Sperre gegen UNRWA betrifft Millionen von Palästinensern, die auf die Dienste der Agentur angewiesen sind. Berichte über die drastischen Auswirkungen auf das Leben und die Sicherheit der Flüchtlinge.

Iman Helles, eine Vertriebene und Mutter von drei Kindern, lebt in einem von der **UN-Behörde für palästinensische Flüchtlinge** betriebenen Flüchtlingsheim in Gaza. Sie hat Angst, dass sie mit ihren Kindern „auf die Straße geworfen“ wird.

Die Auswirkungen des Israelischen Verbots

Das Verbot der United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees (UNRWA) trat am Donnerstag in Kraft, und Helles ist auf die Organisation angewiesen, um ihre Familie im stark geschädigten Enklave zu unterstützen. Ihr Zuhause im östlichen Stadtteil Shejaiya in Gaza-Stadt wurde während des Krieges zerstört, und sie mussten in eine ehemalige Grundschule für Mädchen ziehen, die nun als Unterkunft in Deir al-Balah dient. „Wir leben in einer Schulgebäude der Behörde. Wenn die Behörde verboten wird … werden wir nichts mehr zu essen oder zu trinken haben“, sagte Helles gegenüber CNN. „Wenn sie uns rausschmeißen, wohin soll ich mit meinen kleinen Kindern gehen?“

Abhängigkeit von UNRWA

Helles gehört zu Millionen von Palästinensern, die auf die UN-

Behörde angewiesen sind, um Ernährung, Bildung und Lebensunterhalt zu sichern, nicht nur in Gaza, sondern auch im Westjordanland und im besetzten Ost-Jerusalem.

Neuer Gesetzesentwurf zur Einschränkung der UNRWA

Im Oktober verabschiedete die Knesset, Israels Parlament, zwei Gesetze – eines verbietet UNRWA, innerhalb Israels aktiv zu sein, und das andere untersagt israelischen Behörden jeglichen Kontakt mit UNRWA. Das zweite Gesetz hebt einen Vertrag von 1967 auf, der der Behörde erlaubt, Dienstleistungen für palästinensische Flüchtlinge in von Israel kontrollierten Gebieten bereitzustellen. Diese Gesetzgebung trat am Donnerstag in Kraft und wird voraussichtlich die Aktivitäten von UNRWA stark einschränken, was verheerende humanitäre Folgen haben könnte.

Hintergründe und Eskalation

Israel versucht seit Jahren, die Behörde abzuschaffen, hat jedoch die Maßnahmen gegen sie nach dem Angriff von von Hamas angeführten Militanten am 7. Oktober 2023 verschärft, bei dem 1.200 Menschen getötet und mehr als 250 als Geiseln genommen wurden. Israel beschuldigte **einige UNRWA-Mitarbeiter**, an diesem Angriff beteiligt gewesen zu sein.

Folgen für die Bevölkerung

Eine UN-Untersuchung ergab, dass neun Mitarbeiter von UNRWA zu den 13.000 Beschäftigten in Gaza „möglicherweise“ in den Angriff verwickelt waren und nicht mehr bei der Behörde beschäftigt sind. Die UNRWA hat jedoch lange behauptet, dass Israel keine Beweise gegen ihre früheren Mitarbeiter geliefert hat. Die Behörde gibt an, Israel regelmäßig eine vollständige Liste ihrer Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen und **beschuldigt Israel**, einige ihrer Mitarbeiter festgenommen und gefoltert zu

haben, um falsche Geständnisse über Verbindungen zur Hamas zu erhalten.

Ungewisse Zukunft des UNRWA

Wie Israel mit dem Verbot verfahren will, bleibt unklar, doch einige Auswirkungen sind bereits zu spüren. Am Sonntag ordnete Israel an, dass UNRWA bis zum 30. Januar 2025 „alle Räumlichkeiten im besetzten Ostjerusalem räumen und seine Aktivitäten dort einstellen“ müsse, teilte die UN-Behörde mit. Außerdem wurde die Gültigkeit aller Visa für internationales UNRWA-Personal auf Mittwoch verkürzt. Dies „gleicht einer Vertreibung“, sagte der UNRWA-Sprecher Jonathan Fowler.

Auswirkungen auf die Hilfe im Gazastreifen

UNRWA-Chef Philippe Lazzarini warnte am Dienstag vor den katastrophalen Auswirkungen des Verbots auf die Menschen im Gazastreifen. „Die israelische Regierung behauptet, dass die Dienste von UNRWA auf andere Stellen übertragen werden können“, erklärte Lazzarini und fügte hinzu, dass seine Behörde aufgrund ihres Mandats „öffentliche Dienstleistungen“ bereitstellt, was nur an einen funktionierenden Staat übertragen werden könne.

Vertrauen und Verzweiflung der Bevölkerung

Hoda Hussein, die mit ihrer Familie aus dem Norden von Khan Younis vertrieben wurde, bezeichnete das UNRWA-Verbot als „zwei Hunger und einen neuen Krieg im Gazastreifen“. Sie fügte hinzu: „Wir vertrauen auf Gott und dann auf sie (UNRWA)“, und betonte, dass sie seit 15 Monaten keinen anderen Ausweg haben. „Wir sind vollständig auf sie angewiesen, für alles.“

Dieser Bericht wurde von Irene Nasser von CNN ergänzt.

Details	
Quellen	• **edition.cnn.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at